

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,-, 3- und 6-Monatspreise 5,-, 14,- und 28,-. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postträger und Geschäftsstellen befragen aufgeben. Im Krieg oder sonstigen Ausnahmefällen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung. Bei Verzug des Bezugspreises erfolgt nur, wenn vorher benachrichtigt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Normzeile 20 Hfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Hfg. pfeilige, die 2-spaltige Zeile 10 Hfg. Nachweisungsgebühr 20 Hfg. pfeilige. Sonstige und Anzeigenpreise werden nach Maßgabe der Geschäftsbedingungen festgesetzt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelter Tagesgen. mit keine Garantie. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß, über den Auftraggeber in Kenntnis zu setzen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 82 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Freitag, den 8. April 1932

„Schuld“ oder „Schicksal“.

Vor einiger Zeit hat ein deutscher Reichsminister, der auf die großen, mehr oder weniger kriminell durchgeführten Zusammenbrüche in der deutschen Wirtschaft, insbesondere im Bankwesen zu sprechen kam, sich nachdenklich dahin geäußert, daß hierbei „Schuld und Schicksal“ mitspielen. Seitdem hat aber eine ganze Reihe von Vorkommnissen ähnlicher Art und vor allem von Gerichtsverhandlungen erwiesen, daß sich unter der Bräutigam der Justiz jene Waagschale recht oft und stark neigt, in der die „Schuld“ lag, Federleicht wog das „Schicksal“, — doch die völlige Unbestimmtheit und Unbestimmtheit dieses Begriffes reizt geradezu, ihn als bequeme Ausrede zu benutzen. Aber dieser plötzliche Einbruch einer Art von mohammedanischem Fatalismus in die gegenwärtige Lage hinein ist überaus gefährlich, weil es das Empfinden für die Innehaltung der Verantwortungspflicht stark abschwächt. Wenn man vor dem Trümmerrahmen stehend sich achselzuckend mit dem „Schicksal“ herausreden will oder herausreden dürfte, dann wäre das zwar sehr bequem, aber die Geschädigten wären kaum damit einverstanden. Man kann es auch auf österreichisch sagen: „Da kannst halt nix machen!“ Doch, man kann „was machen“! Man kann verlangen, daß jeder, der die Verantwortung für Menschen und Menschenmassen übernommen hat, unbedingt und selbstverständlich den Mut aufbringt, die Verantwortung auch in bösen Tagen zu tragen, sich nicht hinter irgendeinem undefinierbaren „Schicksal“ zu verstecken, sondern die „Schuld“ verantwortungsbewußt auf sich zu nehmen. Aber damit hapert es oft gewaltig, und das ist ein moralisches Defizit, das man als noch größer und schlimmer betrachten muß als das finanzielle.

Fast gleichzeitig hat der größte derartige Zusammenbruch in Deutschland — Nordwolle — und der in der Welt — Vvar Kreuger — jetzt zu Mitteilungen geführt, die in Abgründe von Verantwortungslosigkeit und von Schuld leben lassen. Bilanz „verschönern“, Bilanz „frisieren“ nennt man verschämt das was doch nur Betrug ist. Wer hätte dem schwedischen „Jündholztönig“ denn noch Geld geliehen, wenn man gewußt hätte, wie es wirklich um ihn stand! Von wem würde die Nordwolle-Leitung auch nur einen Pfennig Kredit erhalten haben, wenn jemand eine Ahnung davon gehabt hätte, daß bereits seit Jahren statt der „ausgewiesenen“ Gewinne dort tatsächlich schwere und schwere Verluste bestanden! Damit wird zermürbt und zerstört aber gerade das, was der Hauptträger unseres ganzen Wirtschaftssystems ist: der Kredit. Das Vertrauen auf, sagen wir kurz und deutlich: die Ehrlichkeit des Kreditnehmers.

Man beklagt es so oft und mit Recht, daß aus dem Wirtschaftslieben der Personalcredit so gut wie ganz verschwunden ist. Es gibt eigentlich nur noch „Realcredit“, nämlich „gesicherten“ Kredit. Wenn überhaupt, dann hat der Geldgeber nur noch Vertrauen auf den wirtschaftlichen Wert dieser Sicherheiten, nicht mehr zur wirtschaftenden Persönlichkeit des Kreditnehmers. Doppelte und dreifache Sicherheiten werden gefordert in einer Zeit der „Umwertung aller wirtschaftlichen Werte“. Und da kommt denn der kleine und mittlere Geschäftsmann, der Landwirt usw. kaum oder gar nicht mehr mit. Vermöchte er aber wirklich noch „genügende“, also beträchtliche Sicherheiten zu geben, so bräht er völlig zusammen, wenn im Falle einer vielleicht gar nicht großen Schwierigkeit diese Sicherheiten vom angstgeplagten Kreditgeber in Anspruch genommen werden. Und darum geben die allgemeinen Folgenwirkungen solcher Vorkommnisse wie Nordwolle und Vvar Kreuger weit über die tatsächlichen Vermögensverluste hinaus, laßen auf den Verantwortlichen dafür nicht bloß die Schuld gegenüber denen, die ihnen Geld anvertrauten oder anvertrauen ließen, sondern hier gibt es eine noch größere Schuld gegenüber dem ganzen deutschen Wirtschaftssystem, das unter dem Druck dieser Kreditkrise nicht mehr bloß stöhnt und ächzt, sondern zum Teil schon zusammengebrochen ist. Und unter Schicksal ist es, unter der Schuld jener Schuldigen so schwer leiden zu müssen.

Sächsische Politik zwischen den Wahlen.

Es steht nun fest, daß der Sächsische Landtag erst Ende dieses Monats, wenn die preussischen Landtagswahlen vorüber sind, wieder zusammenzutreten wird. Nun haben die sächsischen Wahlen zwar direkt nichts mit der sächsischen Politik zu tun, auch wird man in Preußen kaum sächsische Landtagsangelegenheiten in der Debatte brauchen. — Die Wahlen in Preußen haben aber allgemein so große Bedeutung, daß man einfach keine Lust hat, wieder an die praktische Arbeit zu gehen, bevor die preussische Entscheidung gefallen ist. Drei Wahlsonntage gilt es also erst noch zu überwinden: den 10. April mit der Reichspräsidentenwahl, den 17. April mit dem Volksentscheid in Sachsen und den 24. April mit der Landtagswahl in Preußen.

Kein Zweifel, daß für das gesamtdeutsche Schicksal der 10. und 24. April die wichtigeren Tage sind, daß sich der 17. April in die zweite Rangordnung schieben lassen muß. Solange die Wahlbestimmung des 10. April noch aussteht, wird auch von der

Vor der Vertagung der Donaukonferenz

„Bankierstaaten“ gegen „Handelsstaaten“.

Schwer überbrückbare Gegensätze in London.

Das bisherige Ergebnis der Londoner Konferenz kann man etwa wie folgt zusammenfassen:

Macdonald ist nach wie vor optimistisch und erwartet ein positives Ergebnis. Flaudin rechnet damit, daß es gelingen wird, die Italiener ziemlich bald und die Deutschen vielleicht zur Annahme des englisch-französischen Standpunktes zu bewegen. In italienischen Kreisen beurteilt man die Aussichten sehr pessimistisch. In Kreisen der deutschen Abordnung wird diese Konferenz als eine Art Vorfonferenz angesehen, obgleich zugegeben wird, daß sie die erste wirkliche Vorbereitung für die Lausanner Tributkonferenz als auch für die Lösung anderer wichtiger Fragen ist. Man betont, daß die Gegensätze zur Zeit keinerlei politischen Charakter tragen. Sie seien überbrückbar, aber es sei fraglich, ob die Rechnung des französischen Planes aufgehe und den gewünschten Erfolg bringen werde. Im großen und ganzen sei die Konferenz bei den verschiedenen Denkschriften der verschiedenen Großstaaten über die Donaufrage steden-geblieben und habe darüber hinaus keinen Fortschritt gemacht. Die Frage, wie viele Staaten an das Donausystem angeschlossen werden sollen, wurde auf der Konferenz auf Grund eines allgemeinen stillschweigenden Übereinkommens nicht berührt, so daß der Name Bulgarien nicht gefallen ist. Auch fanden keinerlei Erörterungen über die etwaige Teilnahme Polens und der Schweiz statt. Die Aussprache war zeitweilig äußerst lebhaft, aber stets freundschaftlich.

Nach Äußerungen der englischen Presse haben die ersten Besprechungen der schwer überbrückbaren Gegensätze zwischen den „Bankierstaaten“ Deutschland und Italien und den „Bankierstaaten“ Frankreich und England offen klargelegt.

Als Diskussionsbasis lag der französische Plan zugrunde. Als Gegenvorschlag wurde von der italienischen Delegation vorgebracht, daß nicht einer Konferenz der Donaustaaten die weitere Ausarbeitung eines Weltbegünstigungssystems überlassen bleiben solle, sondern einer Neun- oder Zehnmächtenkonferenz, in der neben den Donauländern ebenfalls die vier Großmächte vertreten seien. Auch die deutsche Delegation hat ihre Opposition zu dem französischen Plan offen ausgesprochen, der deutsche Standpunkt ist im wesentlichen der gleiche wie der italienische. Von beiden Ländern ist als Gegenargument vorgebracht worden, daß das französische Projekt außer für Deutschland und Italien auch für die Tschechoslowakei schwer tragbar sei.

Auch in Paris steht man den Arbeiten der Viererkonferenz ziemlich skeptisch gegenüber. Seit dem Eintreffen der italienischen und deutschen Abordnung, so heißt es, hätten die Aussichten auf den Erfolg stark an Wahrscheinlichkeit verloren. Der französisch-englische Front stehe eine geschlossene italienisch-deutsche Front gegenüber, die die Verhandlungen äußerst behindere.

Die deutsche Auffassung vom Donauplan.

Treibt Deutschland Obstruktion?

In Berliner politischen Kreisen wird auf die Tatsache hingewiesen, daß sich die deutsche Auffassung zum Donauplan genau im Rahmen dessen hält, was noch

Propaganda für den Volksentscheid nicht viel zu merken sein. Nur eine Partei arbeitet heute schon ziemlich eifrig für den 17. April, nämlich die deutschnationale Volkspartei, die sich ja am zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, weil sie Hindenburgs Sieg als gefährlich ansieht, uninteressiert erklärt hat. Die anderen Parteien aber werden sich erst nach dem 10. April in die spezielle sächsische Wahlarbeit stürzen. Allzu stürmisch wird wahrscheinlich aber auch dann die Agitation nicht werden. Der Grund dafür liegt in der weiterverbreiteten Meinung, daß der Ausgang des Volksentscheides, und zwar sein Misserfolg, schon jetzt schiefhe Überwägungen sind freilich durchaus nicht ausgeschlossen: das Wahlergebnis des 13. März, das die Stimmenzahlen der den Volksentscheid betreibenden Parteien nur um etwa 25 000 Stimmen unter der für einen Erfolg des Volksentscheides nötigen Zahl zeigte, beweist, daß noch keine absolute Sicherheit besteht. Es wird darauf ankommen, ob diese Oppositionsparteien die gleich große Zahl Wähler wie am 13. März zur Wahlbereitschaft bringen werden und ob von den Gegnern wenigstens 25 000 mit Reinkommen antreten werden, wenn dann die Verbindung der Wahlbereitschaft von 50 Prozent aller Wähler erfüllt wäre.

Die Regierung Schied hat bisher darauf verzichtet, mit einer eigenen Kundgebung sich zum Volksentscheid zu äußern.

vor acht Wochen, also vor dem Bekanntwerden des eigentlichen Tardieu-Planes, den französischen Absichten entsprochen hat. Deutschland ist auch heute noch bereit,

den Getreideländern im Donauraum eine Getreidepräferenz

zu geben, während es Österreich eine allgemeine Präferenz zu geben gewillt ist. In diesen beiden Punkten hat damals zwischen Deutschland und Frankreich völlige Übereinstimmung bestanden. Wenn uns in Frankreich deshalb jetzt vorgeworfen wird, wir trieben Obstruktion, nur weil wir an den ursprünglichen französischen Plänen festhalten, so kann das nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

Auch hinsichtlich der allgemeinen europäischen Wirtschaftspolitik hat Frankreich eine Schwankung vollzogen. Es hat sich von dem immer wieder ausgesprochenen Briand'schen Grundgedanken abgewandt, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Ländern stattfinden müsse. Während Frankreich sich früher immer wieder gegen regionale Abmachungen ausgesprochen hat, tritt es mit dem Tardieu-Plan

für regionale Abmachungen ein, obwohl, wie in Berliner politischen Kreisen betont wird, hiermit durchaus nicht gesagt sein soll, daß Deutschland sich der Notwendigkeit einer gründlichen Hilfe für die notleidenden Donaustaaten verschließt. Im Gegenteil ist die deutsche Regierung nach wie vor positiv zu dieser Frage eingestellt. Im übrigen ist es nach Berliner Auffassung völlig verfehlt, etwa von einer französisch-englischen Front zu sprechen, der eine deutsch-italienische Front gegenüberstehe.

v. Bülow gegen die Einbeziehung der Tschechoslowakei

Während der Verhandlungen des Vierer Ausschusses der Donaukonferenz erklärte der deutsche Staatssekretär von Bülow zunächst, daß bei den Verhandlungen der Volkkonferenz bereits in einigen Punkten eine

Übereinstimmung erzielt worden sei, und zwar handle es sich um die Erkenntnis, daß der durch die Friedensverträge geschaffene Zustand keine wirtschaftliche und finanzielle Lebensmöglichkeit für die einzelnen Donaustaaten gewährleiste.

Die Beteiligten stimmten darin überein, daß eine Hilfsaktion für die Donaustaaten im unmittelbaren Interesse der betroffenen Großmächte und ganz Europas liegt. Die Sanierungsaktion für den Donauraum bedeutet ein Vorbereitungsstadium für eine rationellere Gestaltung der gesamten europäischen Wirtschaft.

v. Bülow ging darauf auf den französischen Vorschlag ein und betonte, daß von den fünf betroffenen Donaustaaten vier anerkannt hilfsbedürftig seien, während die Zusammenfassung dieser Länder mit der Tschechoslowakei eine solche mit einem Staat bedeute, der nach eigener Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers sich nicht in einer Notlage befinde und der als Abnehmerstaat für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der agrarischen Donaustaaten und daher für deren wirtschaftliche Konsolidierung nicht ausreichte.

Was die übrigen vier Staaten Österreich, Ungarn, Südbanien und Rumänien betreffe, so sei bei diesen Staaten der Grad der Hilfsbedürftigkeit verschieden. Aber dies zeige der letzte Finanzbericht des Völkerbundes Ausschusses, daß sich auch andere auf dem

Sie vor vier erstreuter Weise große Zurückhaltung. Es ist sicherlich die bessere Methode, den Versuch zu machen, mit der gesamten politischen Haltung überzeugend auf die Gegner zu wirken. Die Forderung ihrer Gegner, sich in klare Opposition gegen die Reichsregierung zu stellen, erfüllt die Regierung freilich nicht. Aber sie vermeidet es offenbar mit aller Abacht, den Oppositionsparteien der Rechten neue Angriffspunkte zu bieten. Das zeigt sich beispielsweise in dem Verhalten der Regierung zu der Aktion Severinas gegen die Nationalsozialisten. Als Severing davon sprach, daß die sächsische Regierung mit seinem Vorschlag einverstanden sei, wurde von amtlicher Seite in Dresden sofort erklärt, daß man hier gar nicht davon unterrichtet worden sei und daß „deshalb weder die Möglichkeit noch der Anlaß bestanden habe, das Einverständnis mit dem preussischen Vorschlag zu erklären“. Das in vbräun Ministerpräsident Schied jeden Anlaß benimmt, seine Übereinstimmung mit den nationalen Grundforderungen zu betonen, hat er auch auf dem am letzten Mittwoch in Dresden abgehaltenen Landwirtschaftertag wieder mit dem glücklichen Tage gezeigt: „Tribüne zahlen werden wir nicht wieder, wir können und wollen nicht mehr.“ Es ist nur zu wünschen, daß der Wahlkampf um den sächsischen Volksentscheid auch in seiner letzten Woche ruhig und auf sachlicher Grundlage geführt werde.